



Hauptausschuss

36. Sitzung (öffentlich)
26. Juni 2003
Düsseldorf - Haus des Landtags
11.00 Uhr bis 13.00 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)
Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen
Vorlage 13/2201

1

- Diskussion

Gegen die vom Vorsitzenden aufgegriffene Anregung von Sylvia Löhrmann, im Herbst in der alten Synagoge in Essen eine Sitzung des Hauptausschusses durchzuführen und sich vor Ort mit den Beteiligten über das geplante Museumsvorhaben zu unterhalten, erhebt sich ebenso kein Widerspruch wie gegen den Vorschlag, die Ausgestaltung dieser auswärtigen Ausschusssitzung mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, am Rande des Empfangs beim Landtagspräsidenten am 2. Juli im Anschluss an die Plenarsitzung zu behandeln.

- 2 Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts** 3

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 13/3755

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Landesregierung zu.

- 3 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern** 3

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2279

Vorlage 13/1813
Ausschussprotokoll 13/634

- Diskussion

Vorsitzender Edgar Moron stellt Übereinstimmung fest, dem Ausschuss für Kommunalpolitik mitzuteilen, dass aus Sicht des Hauptausschusses das Thema "Konnexität" keine besondere Rolle in der in Rede stehenden Anhörung zu spielen brauche.

Als zugesagt gelte das Bemühen der SPD-Fraktion, den anderen Fraktionen ihren Entwurf so schnell wie möglich zur Kenntnis zu bringen.

Sollte es sich als sinnvoll erweisen, käme im Herbst ein Expertengespräch über den gemeinsamen Textentwurf in Betracht.

- 4 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2002** 5

Vorlage 13/2075

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
- Diskussion mit den Schwerpunkten "Milli Görüs", "Auswirkungen des Ausgangs des NPD-Verbotsverfahrens", "Verwendung der dem Verfassungsschutz zusätzlich gewährten Haushaltsmittel", "'Verfahren' Kaplan", "Provider" und "finanzielle Situation linksextremistischer Parteien"

5	Präsentation der Landeszentrale für politische Bildung (s. Anlage)	16
	Vorlage 13/2224	
	- Diskussion	
6	Unterbringung der Landesregierung	17
	Vorlage 13/2155	
7	Verschiedenes	17
	<u>hier:</u> Parteilpolitische Werbung in öffentlich zugänglichen Räumen des Landtags	
	<i>(s. Diskussionsteil)</i>	

Hauptausschuss

26.06.2003

36. Sitzung (öffentlich)

ni-be

Vorsitzender Edgar Moron greift eine Anregung von Sylvia Löhrmann auf, sich im Herbst vor Ort in Essen kundig zu machen. Ihm wäre daran gelegen, sich dann nicht nur mit dem Oberbürgermeister, Vertretern des Ministeriums und der Jüdischen Gemeinde, sondern zusätzlich mit Fachleuten, die solche Konzeptionen professionell entwickelten, über die Ziele zu unterhalten. Die Vorbereitung dieser auswärtigen Ausschusssitzung käme als Gesprächsthema auf dem Empfang in Betracht.

Aus dem **Ausschuss** erhebt sich dagegen kein Widerspruch.

2 Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 13/3755

Der **Ausschuss** stimmt dem Antrag der Landesregierung zu.

3 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2279

Vorlage 13/1813
Ausschussprotokoll 13/634

Vorsitzender Edgar Moron weist auf den von der FDP-Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung hin. Damit schlage die FDP-Fraktion ebenfalls eine Änderung der Landesverfassung und eine Aufnahme des Konnexitätsprinzips in die Verfassung vor. Da der für diesen Gesetzentwurf federführende Ausschuss für Kommunalpolitik dazu am 17. September eine Anhörung durchführen werde, sollten sich die Mitglieder des Hauptausschusses äußern, ob und, wenn ja, in welcher Form und mit welchen Fragen sich der Hauptausschuss an dieser Anhörung beteiligen wolle.

Dorothee Danner (SPD) macht auf ein inzwischen von Mitgliedern ihrer Fraktion erstelltes, aber noch der Abstimmung in der Fraktion bedürftiges Papier zu dem Thema "Verfassungsänderung" aufmerksam. Sie hielte es für wünschenswert, kämen die Fraktionen zu einer Verständigung über einen gemeinsamen Gesetzentwurf, der aus Sicht der SPD-Fraktion zum 01.01.2004 in Kraft treten könnte. Sie plädiere deshalb dafür,

Hauptausschuss

26.06.2003

36. Sitzung (öffentlich)

ni-be

nach der Sommerpause sämtliche bis dahin eingegangene diesbezügliche Gesetzentwürfe und Anträge zu diskutieren und eventuell dann mit Experten zu erörtern.

Mit Blick auf das anvisierte In-Kraft-Treten bereits zum 01.01.2004 und vor dem Hintergrund, dass nunmehr offenbar alle Fraktionen die Aufnahme des Konnexitätsprinzips befürworteten, also im Grundsatz Konsens bestehe, rät **Marianne Thomann-Stahl (FDP)** im Sinne einer zügigen Beratung dazu, die Obleute zu bitten, sich noch vor der Sommerpause am Rande des Plenums zusammzusetzen und die Positionen auszutauschen, um nach den Ferien sofort in die Formulierungsarbeit einzusteigen.

Dem Ausschuss für Kommunalpolitik sollte mitgeteilt werden, dass der Hauptausschuss keine Notwendigkeit sehe, sich in die Anhörung im September zum "GO-Reformgesetz 2003" einzuklinken.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) schlägt vor, erst direkt nach der Sommerpause in das Verfahren einzusteigen, da ihre Fraktion bis dahin noch das österreichische Modell näher beleuchten wolle, welches offenbar sehr praxistaugliche Ansätze beinhalte, indem es den Kommunen Mittel an die Hand gebe, sollte es mit der Konnexität zu Problemen kommen.

In die Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik bräuchte sich der Hauptausschuss auch ihres Erachtens nicht einzuschalten.

Werner Jostmeier (CDU) zeigt sich freudig überrascht, dass die SPD-Fraktion, nachdem sie sich 20 Jahre lang dagegen gesperrt habe, nunmehr die Einführung der Konnexität so energisch vorantreibe und ein In-Kraft-Treten sogar schon zum 01.01.2004 ins Auge fasse.

Der CDU-Fraktion komme es - genau wie von der FDP-Fraktion in deren Gesetzentwurf niedergeschrieben - auf die strikte Konnexität an. Sie werde aus diesem Grunde keine Formulierung mittragen, die dieses Prinzip "weichspüle". Das von Sylvia Löhrmann erwähnte Vetorecht für die Gemeinden unterstütze er.

Er wäre einverstanden, sich unmittelbar nach der Sommerpause - läge der Entwurf der SPD-Fraktion bereits vorher vor, wäre dies hilfreich - um einen einvernehmlichen Text zu bemühen. - Eine Teilnahme an der Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik erscheine auch ihm verzichtbar.

Dr. Ingo Wolf (FDP) betont das Bestreben auch seiner Fraktion, in der Verfassung eine praxisgerechte Konnexität zu verankern, d. h.: keine Formelkompromisse, sondern substanzielle Änderungen. - Ein früher Austausch der Papiere erleichterte ohne Zweifel das weitere Verfahren.

Die strikte Konnexität nennt auch **Dorothee Danner** als das oberste Ziel der **SPD-Fraktion**. Vermutlich gegen Ende der Sommerpause werde den anderen Fraktionen das entsprechende Papier ihrer Fraktion zugeleitet.

Hauptausschuss

26.06.2003

36. Sitzung (öffentlich)

ni-be

Vorsitzender Edgar Moron stellt Übereinstimmung fest, dem Ausschuss für Kommunalpolitik mitzuteilen, dass aus Sicht des Hauptausschusses das Thema "Konnexität" keine besondere Rolle in der in Rede stehenden Anhörung zu spielen brauche.

Als zugesagt gelte das Bemühen der SPD-Fraktion, den anderen Fraktionen ihren Entwurf so schnell wie möglich zur Kenntnis zu bringen.

Sollte es sich als sinnvoll erweisen, käme im Herbst ein Expertengespräch über den gemeinsamen Textentwurf in Betracht.

4 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2002

Vorlage 13/2075

Zum aktuellen Stand berichtet **LMR von Bauer (IM)** wie folgt:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Am 31. März hat Minister Dr. Behrens den Verfassungsschutzbericht vorgestellt, und es ist traditionell gute Gepflogenheit, das, was zwischen Drucklegung des Berichts und der Beratung darüber passiert, hier aktuell darzustellen. Ich möchte mich dabei auf die Bereiche Rechts- und Linksextremismus sowie Ausländerextremismus beziehen.

Für die rechtsextremistische Szene war, wie in der allgemeinen Diskussion und für alle anderen Gebiete auch, natürlich der Irak-Konflikt das beherrschende Thema der ersten Hälfte dieses Jahres.

DVU, NPD und Republikaner haben zwar versucht, den Konflikt propagandistisch für sich zu instrumentalisieren, aber keine große Resonanz damit erzielt, und zwar nicht nur nicht bei der Bevölkerung, sondern auch bei ihren eigenen Mitgliedern nicht. Diese Parteien befinden sich in einer krisenhaften Phase. Sie erleben, wenn sie sich denn überhaupt an Landtagswahlen beteiligen, erhebliche Stimmenverluste. So blieben für die Republikaner bei der Wahl in Niedersachsen von den ehemals 2,8 % gerade einmal 0,4 % übrig. Alle rechtsextremistischen Parteien verzeichnen auch stark rückläufige Mitgliederzahlen, verbunden mit für sie unangenehmen finanziellen Einbußen. Die Parteien sind darüber hinaus durch zum Teil erhebliche innerparteiliche Richtungsstreitigkeiten und weitgehend inaktive regionale Parteigliederungen gekennzeichnet.

Auch der erneute Gewinn eines Mandats in der Bremer Bürgerschaft durch die DVU kann über diesen Befund nicht hinwegtäuschen. Dieser vereinzelte Gewinn, der sich durch die Besonderheiten des Wahlrechts in Bremen, in diesem Falle Bremerhaven, erklärt, begründet keine Warnung vor einer rechten Gefahr, zeigt aber ganz deutlich, dass es in Deutschland weiterhin ein unübersehbares Wählerpotenzial auch für rechtsextremistische Parteien gibt.

Die NPD schließlich konnte von der Einstellung des Verbotsverfahrens nicht profitieren. Ihre Mitgliederzahlen sanken bei starker Fluktuation. Wahlerfolge bleiben



Werner Jostmeier MdL

Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im
Hauptausschuss

Landtag NRW Werner Jostmeier MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An den
Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Peer Steinbrück MdL
Stadttor 1
40190 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 23 46
Telefax (0211) 884 – 33 41

E-Mail werner.jostmeier@landtag.nrw.de
Internet www.jostmeier.de

Düsseldorf, 21. Mai 2003 / ra

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen hat den Auftrag, Informationsangebote für die Bürgerinnen und Bürger anzubieten. Damit soll gewährleistet sein, dass eine Anlaufstelle existiert, die kompetent über die politische Grundordnung in NRW und Deutschland informiert. Darüber hinaus soll die Landeszentrale auch eine Anlaufstelle zur Information über aktuelle Geschehnisse und politische Ereignisse sein.

Die Landeszentrale hat hierbei die Rolle eines neutralen Mittlers von Informationen zu spielen und sich jeglicher parteipolitischen Einseitigkeit oder gar Werbung zu enthalten. Insofern erscheint es bedenklich, wenn die Landeszentrale unmittelbar in das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit integriert ist. Ein Beispiel von vielen für diese fehlende Distanz ist unter anderem ein Anfang Mai an die Abgeordneten verteiltes Faltblatt, in dem auf das Informationsangebot der Landeszentrale für Besuchergruppen der Abgeordneten hingewiesen wird. So findet sich auf der Deckseite links unten ein kleines Signet der Landeszentrale. Unmittelbar gegenüber ein größeres Signet des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit.

Das Internet ist eine heute nicht mehr wegzudenkende Informationsquelle. Vor allem bei dem Personenkreis der Schülerinnen und Schüler besitzt dieses Medium einen hohen Stellenwert. Das Internetangebot der Landeszentrale für politische Bildung war bereits Gegenstand der Sitzungen des Hauptausschusses in den Jahren 2001 und 2002. In der 15. Sitzung des Hauptausschusses am 27. September 2001 wurde vom Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Herrn Dr. Schulten, vorgetragen, dass der Sachmittelhaushalt seines

Hauses um 116.100 Euro erhöht worden sei, um den Internetauftritt der Landeszentrale zu modernisieren. Das Protokoll dieser Sitzung zitiert seine Ausführungen mit den Worten: "Die Modernisierung des Internetauftritts der Landeszentrale soll dazu beitragen, dass auch in diesem Bereich die Landeszentrale ein professionelles Angebot machen kann".

Eine wirkliche Aktualisierung des Internetangebots allerdings ist bis zum heutigen Tag noch nicht erfolgt. Vielmehr finden sich unter der Rubrik „Links“ Einträge zur Kommunalwahl 1998 und zur Bundestagswahl 1998. Aktuellere Geschehnisse sind seitdem offensichtlich an der Landeszentrale vorbeigegangen.

Das äußere Erscheinungsbild entspricht bei weitem nicht mehr dem heute gängigen Stand einer ansprechenden und modernen Internetpräsentation.

Zudem findet sich hier lediglich ein Link zur Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Verweise zu den Stiftungen der anderen Parteien können nur mühsam gefunden werden.

Folgt man dem Link „Wir über uns“ so findet sich im weiteren Verlauf der Satz: „Angebote zu aktuellen Themen der politischen Bildung macht die Landeszentrale in ihren Räumen im Stadttor in Düsseldorf.“ Der Begriff „Stadttor“ ist als sogenannter Hyperlink gestaltet, der mit einem Klick auf die Internetseite der Landesregierung verweist.

Klickt man auf der Hauptseite des Internetangebotes der Landeszentrale auf das Signet von NRW, wird man umgehend auf die offizielle Seite der Landesregierung weiter geleitet, ganz so, als sei Nordrhein-Westfalen ein Synonym für die SPD-geführte Landesregierung.

Daher, Herr Ministerpräsident, bitte ich namens der CDU-Landtagsfraktion um die Beantwortung folgender Fragen:

I. Allgemeines Erscheinungsbild

1. Kann die Landesregierung die oben angegebenen Sachverhalte bestätigen ?
2. Was sind die Beweggründe dafür, die Landeszentrale für politische Bildung dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit organisatorisch zu unterstellen ?

3. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass bei dem Informationsangebot der Landeszentrale für politische Bildung auf strikte politische Neutralität zu achten ist und insofern eine Gleichsetzung von „NRW“ und Landesregierung, wie es im oben beschriebenen Link suggeriert wird, vermieden werden muss ?
4. Wie gewährleistet die Landesregierung die parteipolitische Unabhängigkeit der Referenten der Landeszentrale bei der Betreuung der Besuchergruppen der Abgeordneten ?
5. Werden den Besuchergruppen schriftliche Informationen (Broschüren u.ä.) ausgehändigt und wer ist der Urheber dieser Informationen ?

II. Internetauftritt

1. Wie bewerten sie vor dem Hintergrund des eigenen Postulats, professioneller zu werden und des heute vorherrschenden Standards in der Präsentation von Internetinhalten, den aktuellen Internetauftritt der Landeszentrale für politische Bildung ?
2. Wie sieht das Konzept zur Weiterentwicklung des Internetangebots aus ?
3. Wie sind die vom Leiter der Landeszentrale angesprochenen Sachmittel zur Modernisierung des Internetauftritts der Landeszentrale verwendet worden ?

III. Verschiedenes

1. Welche Kosten entstehen dem Landeshaushalt durch eine dauerhafte Einrichtung des Informationsangebotes durch die Landeszentrale für Politische Bildung ?
2. Welche Informationsmittel werden weiterhin in welcher Höhe bei der Landeszentrale abgerufen (welche Publikationen in welcher Höhe) und wie hoch sind die jeweils entstehenden Kosten ?

3. Nach welchen Kriterien werden Schriften und Publikationsmittel der Landeszentrale für politische Bildung ausgewählt und zur Publikation freigegeben ?
4. Wie sehen die Kriterien bei der Auswahl von Autoren für Publikationen der Landeszentrale für politische Bildung aus ?

Für eine baldige Beantwortung meines Fragenkataloges wäre ich Ihnen sehr verbunden.
Ein gleichlautendes Schreiben ergeht auch an Minister Schartau.

Mit freundlichen Grüßen

f.d.R.

Werner Jostmeier


Frank Rauer, M.A.
(Wiss. Mitarbeiter)

Abschrift:

Minister für Wirtschaft und Arbeit, Herrn Harald Schartau
Vorsitzender des Hauptausschusses, Herrn Edgar Moron MdL

Landtag Nordrhein-Westfalen



Werner Jostmeier MdL

Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im
Hauptausschuss

Landtag NRW Werner Jostmeier MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An den
Minister für Wirtschaft und Arbeit
Herrn Harald Schartau
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 - 23 46
Telefax (0211) 884 - 33 41

E-Mail werner.jostmeier@landtag.nrw.de
Internet www.jostmeier.de

Düsseldorf, 21. Mai 2003 / ra

Sehr geehrter Herr Minister,

die Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen hat den Auftrag, Informationsangebote für die Bürgerinnen und Bürger anzubieten. Damit soll gewährleistet sein, dass eine Anlaufstelle existiert, die kompetent über die politische Grundordnung in NRW und Deutschland informiert. Darüber hinaus soll die Landeszentrale auch eine Anlaufstelle zur Information über aktuelle Geschehnisse und politische Ereignisse sein.

Die Landeszentrale hat hierbei die Rolle eines neutralen Mittlers von Informationen zu spielen und sich jeglicher parteipolitischen Einseitigkeit oder gar Werbung zu enthalten. Insofern erscheint es bedenklich, wenn die Landeszentrale unmittelbar in das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit integriert ist. Ein Beispiel von vielen für diese fehlende Distanz ist unter anderem ein Anfang Mai an die Abgeordneten verteiltes Faltblatt, in dem auf das Informationsangebot der Landeszentrale für Besuchergruppen der Abgeordneten hingewiesen wird. So findet sich auf der Deckseite links unten ein kleines Signet der Landeszentrale. Unmittelbar gegenüber ein größeres Signet des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit.

Das Internet ist eine heute nicht mehr wegzudenkende Informationsquelle. Vor allem bei dem Personenkreis der Schülerinnen und Schüler besitzt dieses Medium einen hohen Stellenwert. Das Internetangebot der Landeszentrale für politische Bildung war bereits Gegenstand der Sitzungen des Hauptausschusses in den Jahren 2001 und 2002. In der 15. Sitzung des Hauptausschusses am 27. September 2001 wurde vom Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Herrn Dr. Schulten, vorgetragen, dass der Sachmittelhaushalt seines

Hauses um 116.100 Euro erhöht worden sei, um den Internetauftritt der Landeszentrale zu modernisieren. Das Protokoll dieser Sitzung zitiert seine Ausführungen mit den Worten: "Die Modernisierung des Internetauftritts der Landeszentrale soll dazu beitragen, dass auch in diesem Bereich die Landeszentrale ein professionelles Angebot machen kann".

Eine wirkliche Aktualisierung des Internetangebots allerdings ist bis zum heutigen Tag noch nicht erfolgt. Vielmehr finden sich unter der Rubrik „Links“ Einträge zur Kommunalwahl 1998 und zur Bundestagswahl 1998. Aktuellere Geschehnisse sind seitdem offensichtlich an der Landeszentrale vorbeigegangen.

Das äußere Erscheinungsbild entspricht bei weitem nicht mehr dem heute gängigen Stand einer ansprechenden und modernen Internetpräsentation.

Zudem findet sich hier lediglich ein Link zur Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Verweise zu den Stiftungen der anderen Parteien können nur mühsam gefunden werden.

Folgt man dem Link „Wir über uns“ so findet sich im weiteren Verlauf der Satz: „Angebote zu aktuellen Themen der politischen Bildung macht die Landeszentrale in ihren Räumen im Stadttor in Düsseldorf.“ Der Begriff „Stadttor“ ist als sogenannter Hyperlink gestaltet, der mit einem Klick auf die Internetseite der Landesregierung verweist.

Klickt man auf der Hauptseite des Internetangebotes der Landeszentrale auf das Signet von NRW, wird man umgehend auf die offizielle Seite der Landesregierung weiter geleitet, ganz so, als sei Nordrhein-Westfalen ein Synonym für die SPD-geführte Landesregierung.

Daher, Herr Minister, bitte ich namens der CDU-Landtagsfraktion um die Beantwortung folgender Fragen:

I. Allgemeines Erscheinungsbild

1. Kann die Landesregierung die oben angegebenen Sachverhalte bestätigen ?
2. Was sind die Beweggründe dafür, die Landeszentrale für politische Bildung dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit organisatorisch zu unterstellen ?

3. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass bei dem Informationsangebot der Landeszentrale für politische Bildung auf strikte politische Neutralität zu achten ist und insofern eine Gleichsetzung von „NRW“ und Landesregierung, wie es im oben beschriebenen Link suggeriert wird, vermieden werden muss ?
4. Wie gewährleistet die Landesregierung die parteipolitische Unabhängigkeit der Referenten der Landeszentrale bei der Betreuung der Besuchergruppen der Abgeordneten ?
5. Werden den Besuchergruppen schriftliche Informationen (Broschüren u.ä.) ausgehändigt und wer ist der Urheber dieser Informationen ?

II. Internetauftritt

1. Wie bewerten sie vor dem Hintergrund des eigenen Postulats, professioneller zu werden und des heute vorherrschenden Standards in der Präsentation von Internetinhalten, den aktuellen Internetauftritt der Landeszentrale für politische Bildung ?
2. Wie sieht das Konzept zur Weiterentwicklung des Internetangebots aus ?
3. Wie sind die vom Leiter der Landeszentrale angesprochenen Sachmittel zur Modernisierung des Internetauftritts der Landeszentrale verwendet worden ?

III. Verschiedenes

1. Welche Kosten entstehen dem Landeshaushalt durch eine dauerhafte Einrichtung des Informationsangebotes durch die Landeszentrale für Politische Bildung ?
2. Welche Informationsmittel werden weiterhin in welcher Höhe bei der Landeszentrale abgerufen (welche Publikationen in welcher Höhe) und wie hoch sind die jeweils entstehenden Kosten ?

3. Nach welchen Kriterien werden Schriften und Publikationsmittel der Landeszentrale für politische Bildung ausgewählt und zur Publikation freigegeben ?
4. Wie sehen die Kriterien bei der Auswahl von Autoren für Publikationen der Landeszentrale für politische Bildung aus ?

Für eine baldige Beantwortung meines Fragenkataloges wäre ich Ihnen sehr verbunden.
Ein gleichlautendes Schreiben ergeht auch an Herrn Ministerpräsident Peer Steinbrück.

Mit freundlichen Grüßen

f.d.R.

Werner Jostmeier


Frank Rauer, M.A.
(Wiss. Mitarbeiter)

Abschrift:

Ministerpräsident des Landes NRW, Herrn Peer Steinbrück MdL

Vorsitzender des Hauptausschusses, Herrn Edgar Moron MdL